

Antrag

der Abgeordneten Dr. Kurt Duwe, Robert Bläsing, Katja Suding, Dr. Thomas-Sönke Kluth, Anna-Elisabeth von Treuenfels, Martina Kaesbach, Finn-Ole Ritter, Carl-Edgar Jarchow und Dr. Wieland Schinnenburg (FDP)

Betr.: Endlich Klarheit über Hamburger Behördenstandorte!

Im Zuge der Neuaufteilung beziehungsweise Neueinrichtung von Behörden nach der letzten Bürgerschaftswahl gibt es eine veränderte Faktenlage zu Raumbedarf und Finanzierung ursprünglich vorgesehener beziehungsweise diskutierter Änderungen von Behördenstandorten in Hamburg. Dazu zählt insbesondere der Umzug der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) nach Wilhelmsburg, aber auch die Verlagerung des Bezirksamts Hamburg-Mitte und der Standort der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI). Auf eine Schriftliche Kleine Anfrage (Drs. 20/571) hin hat der Senat mitgeteilt, dass im Neubau in Wilhelmsburg ausreichend Raum wäre, um beispielsweise die verhältnismäßig kleine Behörde für Wissenschaft und Forschung dort unterzubringen.

Darüber hinaus hat der Senat per Pressemitteilung vom 04. Mai 2011 angekündigt, dass die Finanzbehörde und die Fachbehörden eine Übersicht über bisher von der Stadt angemietete und genutzte Büroflächen erstellen wollen, um Einsparpotenziale in diesem Bereich zu ermitteln. Aus der Drs. 20/571 geht jedoch ebenfalls hervor, dass sich der Senat mit der Frage nach einem verbindlichen Zeitplan für dieses Vorhaben bisher nicht befasst hat.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. sicherzustellen, dass die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt wie bisher geplant in den Neubau in Wilhelmsburg einziehen wird,
2. zu prüfen, inwieweit eine Verlegung der Behörde für Wissenschaft und Forschung in denselben Neubau möglich ist, da der ursprüngliche Raumbedarf der BSU dort wegen der Ausgliederung des Bereichs Verkehr geringer ausfällt,
3. dafür Sorge zu tragen, dass das Bezirksamt Hamburg-Mitte in den bereits geplanten Neubau im Überseequartier der HafenCity umgesiedelt wird,
4. darzulegen, welches organisatorische, finanzielle und stadtentwicklungspolitische Konzept er im Hinblick auf die zukünftigen Standorte seiner Behörden und Bezirksamter verfolgt,
5. die angekündigte Gesamtübersicht über bisher von der Stadt angemietete und genutzte Büroflächen zeitnah vorzulegen,
6. bis zum 31. Juli 2011 der Bürgerschaft über die Punkte 1. bis 5. zu berichten.